

Gesellschaftsvertrag
der Freier Rundfunk Oberösterreich GmbH

I.

Firma, Sitz

1. Die Gesellschaft führt die Firma „Freier Rundfunk Oberösterreich GmbH“.
2. Sitz der Gesellschaft ist Linz.

II.

Gesellschaftszweck/Grundsätze/Gemeinnützigkeit

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar die in Ziffer 2. umschriebenen gemeinnützigen Zwecke im Sinne der §§ 35 ff BAO und hat demgemäß ihre tatsächliche Geschäftsführung danach auszurichten. Sie ist, da sie auch keine sonstigen eigenwirtschaftlichen Ziele aufweist, nicht auf Gewinn (Überschuß) gerichtet.
2. Gesellschaftszweck ist die Förderung und Unterstützung einer offenen und demokratischen Gesellschaftsentwicklung in Österreich durch Schaffung eines Beitrages zu gesteigerter medialer Pluralität von Gedanken und Ideen, einem direkten Austausch dieser Meinungen und Ideen gerade im lokalen und regionalen Bereich und nicht zuletzt durch Schaffung eines Sprachrohrs für Personen und Bevölkerungsgruppen, die zu herkömmlichen Medien, insbesondere zu kommerziellen Massenmedien, keinen oder nur einen begrenzten Zugang besitzen.

Der gesellschaftsvertragliche Zweck wird verwirklicht durch Rundfunkveranstaltungen der Gesellschaft, insbesondere in Form von Hörfunksendungen nach dem Bundesgesetz vom 30.7.1993, BGBl. 1993/506 in der jeweils gültigen Fassung, durch die Überlassung von Einrichtungen der Gesellschaft und der Leistung logistischer Unterstützung bei der Informationsvermittlung gegenüber der Bevölkerung, beim Meinungs- und Ideenaustausch zwischen relevanten gesellschaftlichen Gruppen und durch die Ingangsetzung und Förderung von Diskussionsprozessen im Medium des Rundfunks.

3. Der Aufwand der Gesellschaft soll gedeckt werden durch das Entgelt für den Verkauf von Sendezeiten, die Produktionen von Programmen im Auftrag Dritter, durch Spenden von privaten Förderern eines nicht kommerziellen Rundfunks und durch Subventionen der öffentlichen Hand. In untergeordnetem Ausmaß sollen Erträge auch durch die Veranstaltung von Festen, Konzerten, Lesungen, etc. erzielt werden.
4. Der Unternehmensgegenstand (Punkt III.) wird nur zur Erreichung des in Ziffer 2. beschriebenen Gesellschaftszwecks eingesetzt, ein dazu eingerichteter Geschäftsbetrieb dient ausschließlich der Verwirklichung der gemeinnützigen Ziele.

Auch die Mittel der Gesellschaft dürfen lediglich zur Erreichung der Ziele der Gesellschaft verwendet werden. Daher sollen die Gesellschafter bei ihrem Ausscheiden aus der Gesellschaft lediglich ihre eingezahlten Kapitalanteile bzw. den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurückerhalten. Es ist der Gesellschaft untersagt, Personen durch Verwaltungsausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen zu begünstigen.

Bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks darf das Vermögen der Gesellschaft - soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter oder den gemeinen Wert der von ihnen geleisteten Sacheinlagen übersteigt - nur für gemeinnützige Zwecke verwendet werden (Punkt XVII. des Gesellschaftsvertrages).

5. Die Programmgestaltung hat zwingend folgende Grundsätze zu beachten:

5.1 Objektivität und Unparteilichkeit sowie Meinungsvielfalt;

5.2 Freiheit der Kunst;

5.3 Meinungsfreiheit, Achtung der Würde des Menschen und Achtung der sonstigen Grundrechte des Menschen;

5.4 offener Zugang für alle Personen und Bevölkerungsgruppen zu diesem Medium, allerdings nur im Rahmen und unter Beachtung der Grundsätze des Regionalradiogesetzes und der in diesem Gesellschaftsvertrag verankerten Grundsätze;

5.5 Freihalten von Sendezeiten für Minderheiten, um diesen ein Forum zur Verbreitung ihrer Anliegen zu gewährleisten;

5.6 Verbot von kommerzieller argumentierender Werbung, reine Patronanzsendungen sind nicht ausgeschlossen;

5.7 Verbot der Werbung für politische Parteien (insbesondere Belangsendungen);

5.8 Verbot der Vermittlung von faschistischem oder rassistischem Gedankengut und das Verbot der Verbreitung von frauenfeindlichen Ideen oder Zielen.

III.

Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens ist
 - 1.1 die Veranstaltung von Rundfunk, insbesondere durch
 - 1.1.1 die Konzeption, die Herstellung und die Sendung von Programmen auf drahtlosem terrestrischen oder auf drahtgebundenem Weg;
 - 1.1.2 die versuchsweise Verbreitung von Programmen zur Erprobung neuer Übertragungstechniken;
 - 1.1.3 die logistische und redaktionelle Betreuung sowie die sachliche Unterstützung Dritter bei der Erstellung und Sendung von Rundfunkprogrammen aus den Studios und Sendeanlagen der Gesellschaft;
 - 1.2 die Planung, die Errichtung und der Betrieb der für die Veranstaltung von Rundfunk notwendigen technischen Einrichtungen, vor allem von Studios und von Sendeanlagen;
 - 1.3 die Programmverwertung einschließlich der Gewährung von Lizenzen an gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten und der Verkauf von Bild- und Schallträgern;
 - 1.4 die Forschung auf dem Gebiet des Rundfunkwesens, insbesondere aber die Markt- und Begleitforschung;
 - 1.5 die Beratung und Ausbildung Dritter im Zusammenhang mit Rundfunkveranstaltungen und Tätigkeiten nach Ziffer 1.2 bis Ziffer 1.4;

- 1.6 die Produktion von Werken der Literatur, der Ton- und Filmkunst und/oder die Aufnahme oder Übertragung derartiger Werke auf Bild- und Schallträger sowie die Vervielfältigung von Bild- und Schallträgern;
- 1.7 die Errichtung von Zweckniederlassungen und Tochtergesellschaften im In- und Ausland sowie der Erwerb von Unternehmen und die Beteiligung an Gesellschaften mit gleichem oder ähnlichem Unternehmensgegenstand.
2. Darüberhinaus ist die Gesellschaft - vorbehaltlich der nachfolgenden Ziffer 3. - zu allen Geschäften und Rechtshandlungen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig oder nützlich sind, insbesondere aber zum Abschluß von Geschäften, die mit den in Ziffer 1. genannten Geschäften in einem engen Zusammenhang stehen.
3. Alle den Gegenstand des Unternehmens bildenden Tätigkeiten sind ausschließlich auf die Erreichung der Ziele nach Punkt II. dieses Vertrages ausgerichtet. Alle Tätigkeiten, insbesondere aber die Nebentätigkeiten nach Ziffer 1.3 bis Ziffer 1.6 und Ziffer 2., haben sich danach auszurichten und verbleiben in untergeordneter Bedeutung.

IV.

Stammkapital/Stammeinlagen/Nachschüsse/ Nebenleistungen der Gesellschafter

1. Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt € 36.336,42 (Euro sechsendreißigtausenddreihundertsechsendreißig Cents zweiundvierzig) und ist voll aufgebracht.

2. Stammeinlagen

Der Verein „Freier Rundfunk Oberösterreich“, Kirchengasse 4, 4040 Linz (ZVR-Zahl: 760241213) hat anlässlich der Gründung der Gesellschaft in Anrechnung eines Betrages von ATS 125.000,00 (= € 9.084,10) auf die von ihm übernommene Stammeinlage nachstehend beschriebene Sacheinlage eingebracht. Die genannte Sacheinlage hat aus einer Studioeinrichtung in dem in Beilage ./1 zum Gesellschaftsvertrag vom 05.06.1997 (fünfter Juni neunzehnhundertsiebenundneunzig) näher beschriebenen Umfang bestanden. Im Übrigen sind die Stammeinlagen voll und bar aufgebracht.

3. Nachschüsse

- 3.1 Die Gesellschafter können über die Beträge der Stammeinlagen hinaus die Einforderung von weiteren Einzahlungen (Nachschüssen) bis zur Höhe der - im Zeitpunkt der Beschlußfassung - übernommenen Stammeinlagen durch Generalversammlungsbeschluß festsetzen.
- 3.2 Innerhalb eines Geschäftsjahres dürfen jedoch höchstens Nachschüsse bis zu 20 % aller Stammeinlagen eingefordert werden.
- 3.3 Beschlüsse über die Einforderung von Nachschüssen bedürfen einer Mehrheit von mindestens 3/4 (drei Vierteln) der abgegebenen Stimmen.
- 3.4 Für die Einbringung fälliger Nachschüsse gelten die für die Einbringung fälliger Einzahlungen auf die Stammeinlagen vorgesehenen gesetzlichen Bestimmungen.

4. Nebenleistungen der Gesellschafter

- 4.1 Die Gesellschafter verpflichten sich, für die Dauer ihrer Gesellschafterstellung bei der Gesellschaft Sendezeiten nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu kaufen und auszufüllen:

- 4.2. Für je € 72,00 (Euro zweiundsiebzig) einer übernommenen Stammeinlage mindestens eine jährliche Sendezeit im Gegenwert von € 58,00 (Euro achtundfünfzig). Die Berechnung erfolgt nach dem für die Vergabe von Sendezeiten an die anderen Interessenten festgelegten Entgeltschema.
- 4.3 Der in Ziffer 4.2 vorgesehene Betrag ist wertgesichert nach Maßgabe des Verbraucherpreisindex 1996. Er verändert sich jährlich in dem Ausmaß, in dem sich der Index des Monats Dezember eines Jahres gegenüber dem Index des Monats Dezember des Vorjahres verändert hat. Der neue Wert gilt jeweils für ein Jahr und stellt die Basis für die Veränderung des folgenden Jahres dar. Der erste Ausgleichsindex ist jener des Monats Dezember 1997.
5. Der Verein „Jugendzentrum HOF“ hat nicht nur die Pflicht, sondern auch das persönliche, nicht übertragbare Recht, Sendezeiten im Umfang und Ausmaß der Ziffern 4.1 und 4.2 von der Gesellschaft zu kaufen.

V.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind

1. der (die) Geschäftsführer;
2. die Generalversammlung;
3. der Verwaltungsausschuß;
4. der (beratende) Beirat.

VI.

Geschäftsführung und Vertretung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
2. Die Gesellschaft wird, wenn nur ein Geschäftsführer bestellt ist, durch diesen allein vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch je zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten, sofern die Gesellschafter dem Geschäftsführer bei seiner Bestellung nicht Einzelvertretungsbefugnis eingeräumt haben.
3. Die Bestellung der Geschäftsführer erfolgt durch die Generalversammlung mit einer Mehrheit von 2/3 (zwei Drittel) der abgegebenen Stimmen.

VII.

Aufgaben, Rechte und Pflichten der Geschäftsführer

1. Die Geschäftsführer haben unter eigener Verantwortung die Geschäfte der Gesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes so zu führen, wie es das Wohl des Unternehmens und der in Punkt II. festgelegte gemeinnützige Zweck erfordert. Ihnen obliegt die Leitung des Unternehmens und die Entscheidung und Verfügung in allen Angelegenheiten, die nicht nach dem Gesetz, dem Gesellschaftsvertrag oder einem Gesellschafterbeschluß der Generalversammlung oder dem Verwaltungsausschuß vorbehalten sind.

Die Geschäftsführer sind insbesondere für die Auswahl des Programmverantwortlichen, für die Aufstellung der allgemeinen Richtlinien der Programmgestaltung, der Programmerstellung, der Programmkoordination und des Programmzugangs (Programmrichtlinien), die Vorbereitung von Sende- und Programmschema und die Erstellung eines jährlichen Finanz- und Investitionsplans zuständig und dazu auch verpflichtet.

2. Die Geschäftsführer sind verpflichtet, die vorhergehende Zustimmung des Verwaltungsausschusses und/oder der Generalversammlung in den in den Punkten IX. Ziffer 1. (1.1 bis 1.19) bzw. X. Ziffer 1.3 vorgesehenen Fällen einzuholen.
3. Die Geschäftsführer sind ferner verpflichtet, dem Verwaltungsausschuß mindestens monatlich, der Generalversammlung aber mindestens halbjährlich einen Bericht über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft vorzulegen.
4. Die Geschäftsführer unterliegen bei ihrer Tätigkeit dem Konkurrenzverbot des § 24 GmbH-Gesetz, sofern es Tätigkeiten oder eine Organstellung betrifft, die inhaltlich vom Wettbewerbsverbot nach Punkt XVIII. erfaßt werden. In den Geschäftsführerverträgen kann etwas anderes vereinbart werden.

VIII.

Generalversammlung

1. Gesellschafterbeschlüsse können in der Generalversammlung oder unter der Voraussetzung des § 34 GmbH-Gesetz, also, daß sich sämtliche Gesellschafter im einzelnen Fall schriftlich mit der zu treffenden Bestimmung oder doch mit der Abstimmung im schriftlichen Weg einverstanden erklären, auch auf schriftlichem Weg gefaßt werden.
2. Die Generalversammlung findet mindestens einmal in jedem Geschäftsjahr am Sitz der Gesellschaft statt.
- 3.1 Die Generalversammlung wird durch einen Geschäftsführer mit eingeschriebenen Brief unter den der Gesellschaft zuletzt bekanntgegebenen Anschriften der Gesellschafter und unter Angabe der Tagesordnung einberufen.

Zwischen dem Tag der Postaufgabe, der Einberufung und dem Tag der Generalversammlung muß ein Zeitraum von mindestens zwei Wochen liegen.

- 3.2 Von der Geschäftsführung ist eine außerordentliche Generalversammlung immer dann einzuberufen, wenn dies von Gesellschaftern, die allein oder zusammen 10 % (zehn Prozent) des Stammkapitals besitzen, unter genauer Angabe des Grundes begehrt wird. Die Geschäftsführung ist in diesem Fall verpflichtet, innerhalb von 7 Werktagen die Einberufung zur Generalversammlung unter Berücksichtigung der Frist nach Punkt 3.1 zu versenden. Die angegebenen Einberufungsgründe sind in die Tagesordnung aufzunehmen.
4. Zur Beschlußfähigkeit einer Generalversammlung ist es erforderlich, daß - soweit im Gesetz oder im Gesellschaftsvertrag nichts anderes bestimmt ist - mindestens 52 % (zweiundfünfzig Prozent) des Stammkapitals der Gesellschaft anwesend oder vertreten ist. Anderenfalls ist unter Hinweis auf die Beschlußunfähigkeit eine weitere Generalversammlung einzuberufen, die auf die Behandlung der Gegenstände der ersten einberufenen Generalversammlung beschränkt und beschlußfähig ist, wenn mindestens 10 % (zehn Prozent) des Stammkapitals der Gesellschaft anwesend oder rechtsgültig vertreten ist.
5. Das Stimmrecht der Gesellschafter in der Generalversammlung richtet sich nach der Höhe des Nennwertes der von ihnen übernommenen Stammeinlage. Je € 1,00 (Euro einer) einer übernommenen Stammeinlage gewährt eine Stimme; jedoch muss jedem Gesellschafter mindestens eine Stimme zustehen.
- 6.1 Der Beschlußfassung der Gesellschaft unterliegen jedenfalls die im Gesetz vom 6.3.1906, RGBI. 58 i.d.g.F., bezeichneten Gegenstände.

- 6.2 Die Beschlüsse der Gesellschaft werden - soweit nicht im Gesetz oder Gesellschaftsvertrag zwingend andere Mehrheiten vorgeschrieben sind - mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt.
- 6.3 Die Generalversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit insbesondere

6.3.1 (vorbehaltlich der Ziffer 2. des Punktes IX.) über die genehmigungspflichtigen Geschäfte nach Punkt IX. des Gesellschaftsvertrages; sofern nicht der Verwaltungsausschuß entscheidet;

6.3.2 über die Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung der Geschäftsführer;

6.3.3 nach Ablauf von 2 Jahren nach Eintragung der Gesellschaft - vorbehaltlich Punkt IX. Ziffer 2. - über den in § 35 Abs. 1 Ziffer 7 GmbH-Gesetz bezeichneten Gegenstand (Nachgründungen); vor Ablauf der 2-jährigen Frist erfolgt die Beschlußfassung mit qualifizierter Mehrheit von 3/4 der abgegebenen Stimmen.

6.4 Die Beschlußfassung mit einer Mehrheit von mindestens 2/3 der abgegebenen Stimmen erfolgt

6.4.1 bei der Bestellung der Geschäftsführer;

6.4.2 in den in Punkt IX. Ziffer 1.1 bis Ziffer 1.3 aufgezählten Angelegenheiten;

6.4.3. in den in Punkt IX. Ziffer 1.11 bis Ziffer 1.12 und in Ziffer 1.16 festgelegten Geschäftsfällen, wenn der genehmigungspflichtige Grenzbetrag € 36.336,00 (Euro sechsendreißigtausenddreihundertsechsendreißig) übersteigt;

- 6.4.4 über die Zustimmung der Gesellschaft zur Teilung, Belastung und Übertragung von Geschäftsanteilen oder zur Begründung von Unterbeteiligungen am Geschäftsanteil.
- 6.5 Die Beschlußfassung über die folgenden Punkte erfolgt mit einer qualifizierten Mehrheit von mindestens $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen, und zwar
- 6.5.1 die Änderung des (gemeinnützigen) Zwecks der Gesellschaft, die Änderung der in Punkt II. Ziffer 5.1 bis 5.3 und 5.5 bis 5.7 festgelegten Programmgrundsätze oder die Änderung des Unternehmensgegenstandes;
- 6.5.2 die Veräußerung des Gesellschaftsvermögens als Ganzes oder in wesentlichen Teilen;
- 6.5.3 die Verschmelzung mit einer anderen Kapitalgesellschaft;
- 6.5.4 die verhältnismäßige Spaltung der Gesellschaft.
- 6.6 Eine Änderung der in Punkt II. Ziffer 5.4 und 5.8 festgelegten Programmgrundsätze bedarf der Zustimmung aller Gesellschafter.

IX.

Genehmigungspflichtige Geschäfte

1. Die Geschäftsführer sind verpflichtet, eine Beschlußfassung der Generalversammlung oder des Verwaltungsausschusses in nachfolgenden Fällen einzuholen.
 - 1.1 Genehmigung der von der Geschäftsführung zu erstellenden allgemeinen Richtlinie für die Programmgestaltung, Programmerstellung, Programmkoordination und den Programmzugang (Programmrichtlinie);

- 1.2 Genehmigung der langfristigen Pläne für Programm, Technik und Finanzen, insbesondere Genehmigung der der Geschäftsführung jährlich zur Aufstellung vorgeschriebenen Finanz- und Investitionspläne;
- 1.3 Festlegung der allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik;
- 1.4 Genehmigung der zumindest jährlich von der Geschäftsführung aufzustellenden Sende- und Programmschemata;
- 1.5 Genehmigung der beabsichtigten Vergabe von Sendezeiten an Interessenten und Genehmigung des dafür vorgesehenen Entgelts;
- 1.6 Genehmigung von Verfügungen über die im Zusammenhang mit der Programmveranstaltung erworbenen oder neu geschaffenen gewerblichen Schutzrechte, insbesondere aber die Genehmigung von Lizenzverträgen darüber;
- 1.7 Entscheidung über strittige Fragen innerhalb der Geschäftsführung;
- 1.8 Genehmigung des von der Geschäftsführung vorgeschlagenen Programmverantwortlichen;
- 1.9 Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten sowie die Ausführung von Neubauten oder Umbauten;
- 1.10 Übernahme fremder Verbindlichkeiten, Abgabe von Garantieerklärungen, Eingehen von Bürgschaften sowie die Verpfändung oder Sicherungsübereignung von Sachen und Rechten der Gesellschaft;

- 1.11. Aufnahme von Darlehen und Krediten, welche im Einzelfall die Summe von € 3.633,00 (Euro dreitausendsechshundertdreiunddreißig) und in einem Geschäftsjahr insgesamt die Summe von € 7.267,00 (Euro siebentausendzweihundertsiebenundsechzig) übersteigen;
- 1.12. Gewährung von Darlehen und Krediten, soweit dies nicht zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gehört;
- 1.13. Abschluss von Bestand- oder Leasingverträgen, wobei das jährliche Entgelt € 3.633,00 (Euro dreitausendsechshundertdreiunddreißig) im Einzelfall oder insgesamt € 7.267,00 (Euro siebentausendzweihundertsiebenundsechzig) erreicht oder überschreitet.
- 1.14. Investitionen und die Anschaffung von sonstigen Anlagegütern, wenn die Anschaffungskosten im Einzelfall € 3.633,00 (Euro dreitausendsechshundertdreiunddreißig) übersteigen, oder wenn sie in einem Geschäftsjahr erfolgen, in welchem bereits Anschaffungen vorgenommen wurden, die zusammen € 7.267,00 (Euro siebentausendzweihundertsiebenundsechzig) erreicht oder überschritten haben, es sei denn, derartige Investitionen und die Anschaffung von Anlagegütern sind im genehmigten Finanzplan (Ziffer 1.2.) bereits vorgesehen gewesen;
- 1.15. Abschluß, Änderung oder Auflösung von Verträgen zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern oder deren Angehörigen sowie zwischen der Gesellschaft und den Organen (Organmitgliedern) der Gesellschaft und den Angehörigen der letztgenannten;
- 1.16. Abschluss und Auflösung von Dienstverhältnissen mit leitenden Angestellten oder von Dienst- und Werkverträgen, bei denen das jährliche Entgelt den Betrag von € 7.267,00 (Euro siebentausendzweihundertsiebenundsechzig) übersteigt;

- 1.17 Gewährung einer betrieblichen Altersversorgung und die Zuerkennung von Prämien an leitende Angestellte oder die Geschäftsführer;
 - 1.18 Errichtung und Auflösung von Zweigniederlassungen, Gründung, Erwerb und Veräußerung von Unternehmen, der Erwerb und das Eingehen von Beteiligungen an Unternehmen und Gesellschaften sowie deren Aufgabe oder Veräußerung;
 - 1.19 Abschluß von sonstigen Verträgen, die über den Umfang des laufenden Geschäftsbetriebes hinausgehen und von grundsätzlicher Bedeutung für die Gesellschaft sind.
2. Beschlüsse nach Ziffer 1.1. bis Ziffer 1.3. und Beschlüsse, in denen die Betragsgrenze € 36.336,00 (Euro sechsenddreißigtausenddreihundertsechsenddreißig) übersteigen würde, bedürfen der Mehrheit von 2/3 (zwei Drittel) der abgegebenen Stimmen.

X.

Verwaltungsausschuß

- 1 Es wird ein Verwaltungsausschuß eingerichtet zum Zweck
 - 1.1 der Beratung der Geschäftsführung;
 - 1.2 der Kontrolle der Geschäftsführung und
 - 1.3 der Zustimmung zu den in Punkt IX. Ziffer 1.4 bis Ziffer 1.19 vorgesehenen Geschäftsführungshandlungen.
- 2.1 Der Verwaltungsausschuß besteht aus 4 Mitgliedern und wird von der Generalversammlung für die Dauer von drei Jahren bestellt.

2.2 Die Wahl erfolgt für jedes Mitglied gesondert und mit folgenden Beschlußmehrheiten.

Ein Mitglied ist mit einer Mehrheit von mindestens $\frac{2}{3}$ (zwei Dritteln) der abgegebenen Stimmen zu bestellen. Die übrigen drei Mitglieder werden jeweils mit einfacher Mehrheit gewählt. Ergibt sich aber vor der Wahl des letzten zu bestellenden Mitglieds, daß wenigstens der dritte Teil aller abgegebenen Stimmen bei den vorausgegangenen Wahlen zugunsten derselben Person, aber ohne Erfolg abgegeben worden ist, so muß diese Person ohne weitere Abstimmung als für die letzte Stelle gewählt erklärt werden.

Zusätzlich wählt die Generalversammlung mit der Mehrheit von mindestens $\frac{2}{3}$ (zwei Dritteln) aus den 4 gewählten Mitgliedern des Verwaltungsausschusses den Vorsitzenden.

Der gewählte Vorsitzende des Verwaltungsausschusses kann von der Generalversammlung wiederum nur mit $\frac{2}{3}$ der abgegebenen Stimmen abberufen werden. Bei den übrigen Mitgliedern genügt grundsätzlich die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen; das nach dem 3. Satz des 2. Absatzes bestellte Mitglied kann gegen den Willen des ihn wählenden Teiles der abgegebenen Stimmen nur mit einer Mehrheit von $\frac{2}{3}$ abberufen werden.

Im Fall der Neubestellung eines Mitgliedes des Verwaltungsausschusses wegen Zurücklegung des Mandats durch den Vorgänger oder dessen Abberufung ist die Funktionsdauer des neu bestellten Mitgliedes auf die (Rest-)Dauer des gewählten Verwaltungsausschusses beschränkt. Außerdem sind bei dessen Wahl die gleichen Voraussetzungen wie bei der Wahl des Vorgängers zu beachten. Dies gilt auch für die Neuwahl des Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses, wenn dieser vor Ablauf seiner Funktionsperiode ausscheidet.

3. Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses sind den Versammlungen der Gesellschafter hinzuzuziehen und haben dort beratende Stimme. Die Geschäftsführung hat dem Verwaltungsausschuß alle zur Durchführung seiner Aufgaben notwendigen Aufklärung zu geben und die dafür benötigten Unterlagen vorzulegen.
4. Der Verwaltungsausschuß gibt sich selbst eine Geschäftsordnung, die folgende Bestimmungen enthalten muß:
 - 4.1 Der Verwaltungsausschuß kann von jedem seiner Mitglieder oder auch von der Geschäftsführung einberufen werden. Zwischen dem Tag der Aufgabe der Einladung und dem Tag, an dem die Sitzung des Verwaltungsausschusses stattfinden soll, muß ein Zeitraum von mindestens 3 Tagen liegen.
 - 4.2 Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses können sich nur durch Vertreter der Gesellschafter oder ein anderes Ausschußmitglied vertreten lassen.
 - 4.3 Die Abstimmung im Verwaltungsausschuß erfolgt nach Köpfen der anwesenden (oder vertretenen) Mitglieder. Das Zustandekommen eines Beschlusses setzt die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsausschusses voraus. Der Vorsitzende ist stimmberechtigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. In den Fällen, in denen die Generalversammlung selbst nur mit 2/3 Mehrheit entscheiden kann, muß die Beschlußfassung einstimmig erfolgen.
 - 4.4 Die Beschlußfassung kann auch auf schriftlichem Weg erfolgen; dabei sind die in § 34 GmbH-Gesetz geregelten Voraussetzungen analog anzuwenden.

XI.

(Beratender) Beirat

1. Der ferner hiemit als Gesellschaftsorgan einzurichtende Beirat hat ausschließlich beratende Funktion und soll aus Personen bestehen, die aufgrund ihres Tätigkeitsbereiches besonders geeignet sind, zu den im Zusammenhang mit der Veranstaltung von Rundfunkprogrammen entstehenden technischen, wirtschaftlichen und medienpolitischen Fragen, aber auch zu Fragen der sachnahen Berichterstattung, der Meinungsvielfalt, sowie Fragen zur mediengerechten Vermittlung von Kunst und Wissenschaft Stellung zu nehmen.
2. Der Beirat besteht aus 5 Mitglieder, die von der Generalversammlung mit einer Mehrheit von 2/3 (zwei Dritteln) der abgegebenen Stimmen auf unbestimmte Zeit gewählt werden.
3. Aufgabe des Beirats ist es, die Geschäftsführung, den Verwaltungsausschuß und die Generalversammlung in grundsätzlichen Fragen des Rundfunks und der Programmgestaltung zu beraten, Empfehlungen zur Erlassung der Programmrichtlinien und der Sende- oder Programmschemata abzugeben und auf Fehlentwicklungen in der Veranstaltungstätigkeit oder auf Mängel in der Zielerfüllung (Punkt II.) hinzuweisen.
4. Der Beirat erstattet im Sinne der Ziffer 3. einen jährlichen Wahrnehmungsbericht, ansonsten nimmt er schriftlich zu Anfragen der Geschäftsführung, des Verwaltungsausschusses und der Generalversammlung, in den in Ziffer 3. angeführten Gegenständen Stellung.

Der jährliche Wahrnehmungsbericht oder die sonstigen schriftlichen Stellungnahmen erfolgen gegenüber der Geschäftsführung, die sie unverzüglich an die Mitglieder des Verwaltungsausschusses weiterzuleiten hat.

5. Der Beirat ist befugt, die Geschäftsführung über alle von ihm zu besorgenden Aufgaben zu befragen und alle einschlägigen Auskünfte zu verlangen. Die Geschäftsführung hat die an sie gerichteten Anfragen längstens innerhalb von 14 Tagen mündlich oder auf Verlangen auch schriftlich zu beantworten.

6. Hat der Beirat Empfehlungen im Sinne der Ziffer 3. abgegeben oder auf Fehlentwicklungen in der Veranstaltungstätigkeit oder Mängel in der Zielerfüllung hingewiesen, so hat die Geschäftsführung innerhalb einer angemessenen, 14 Tage nicht überschreitenden Frist dem Beirat und dem Verwaltungsausschuß zu berichten, ob und in welcher Form der Empfehlung entsprochen worden ist oder aus welchen Gründen der Empfehlung nicht gefolgt wird.

Die Empfehlung sowie die Hinweise des Beirates und die Stellungnahmen der Geschäftsführung sind den Gesellschaftern anläßlich der ordentlichen oder einer außerordentlichen Generalversammlung zur Kenntnis zu bringen.

7. Der Beirat gibt sich selbst eine Geschäftsordnung.

XII.

Rechnungslegung, Geschäftsbericht, Jahresabschluß

1. Die Gesellschaft ist verpflichtet, kaufmännisch einwandfreie Geschäftsbücher zu führen und dabei alle gesetzlichen Vorschriften einzuhalten.
2. Unverzüglich nach dem Abschluß eines Geschäftsjahres haben die Geschäftsführer die Inventur aufnehmen zu lassen und in den ersten fünf Monaten eines jeden Geschäftsjahres den Jahresabschluß für das abgelaufene Geschäftsjahr aufzustellen.

3. Die Generalversammlung beschließt alljährlich in den ersten acht Monaten eines jeden Geschäftsjahres für das abgelaufene Geschäftsjahr über den von den Geschäftsführern aufgestellten Jahresabschluß sowie über die Entlastung der Geschäftsführer.

Da die Gesellschaft nicht auf Gewinn gerichtet ist, ist ein allfälliger rechnerischer Überschuß des Ertrags über die Aufwendungen unmittelbar zur Erreichung des nach Punkt II. dieses Vertrages vorgesehenen gemeinnützigen Zweck zu verwenden. Die Verteilung eines Gewinnes unter den Gesellschaftern bleibt jedenfalls ausgeschlossen.

XIII.

Übertragung, Verpfändung und Teilung von Geschäftsanteilen

1. Die Geschäftsanteile sind unter den nachfolgenden Beschränkungen teilbar, verpfändbar und übertragbar.
 - 2.1 Die Teilung von Geschäftsanteilen, und zwar sowohl bei Übertragung unter Lebenden als auch im Fall der Vererbung bedarf der Zustimmung der Gesellschaft. Diese Zustimmung kann im Fall der Übertragung unter Lebenden zusammen mit der Zustimmung zur Übertragung erteilt werden.
 - 2.2 Die Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von Teilen von Geschäftsanteilen bedarf der vorherigen Zustimmung der Gesellschaft.
 - 2.3 Die Übertragung von Geschäftsanteilen oder von Teilen von Geschäftsanteilen bedarf der vorherigen Zustimmung der Gesellschaft, und zwar unabhängig davon, ob sie an Personen erfolgen soll, die der Gesellschaft bereits als Gesellschafter angehören oder nicht.

3.1 Den Gesellschaftern steht im Fall der Abtretung eines Geschäftsanteils oder eines Teils eines Geschäftsanteils ein Aufgriffsrecht nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu.

3.2 Beabsichtigt ein Gesellschafter, seinen Geschäftsanteil ganz oder teilweise zu veräußern oder sonst zu übertragen, so hat er vorerst diesen Geschäftsanteil bzw. den zur Übertragung bestimmten Teil des Geschäftsanteils allen übrigen Gesellschaftern zum Nennbetrag der Stammeinlage zum Erwerb anzubieten.

Dieses Anbot hat durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen. Die Gesellschafter, die von ihrem Aufgriffsrecht Gebrauch machen wollen, haben eine bindende Aufgriffserklärung in Form eines Notariatsaktes binnen 30 (dreißig) Tagen nach Erhalt der Mitteilung gegenüber dem abtretungswilligen Gesellschafter durch eingeschriebenen Brief abzugeben.

3.3 Bei der Ausübung des Aufgriffsrechtes hat der Gesellschafter zu erklären, ob er von dem ihm allenfalls nach Ziffer 3.4 letzter Satz anwachsenden Aufgriffsrecht Gebrauch machen will oder nicht.

3.4 Besteht Uneinigkeit, wer von den übrigen Gesellschaftern den Anteil oder in welchem Verhältnis er ihn erwirbt, so steht den aufgriffswilligen Gesellschaftern das Aufgriffsrecht im Verhältnis der von ihnen gehaltenen Stammeinlagen zu. Macht ein Gesellschafter von seinem Aufgriffsrecht keinen Gebrauch, so wächst dieses Recht verhältnismäßig den anderen Gesellschaftern zu.

4. Soweit der Geschäftsanteil (oder der angebotene Teil davon) nicht von den übrigen Gesellschaftern übernommen wird, ist jener Gesellschafter, der seinen Geschäftsanteil ganz oder teilweise zu veräußern oder sonst zu übertragen beabsichtigt, berechtigt, diesen an Dritte innerhalb von sechs Monaten zu veräußern oder sonst zu übertragen, es sei denn, es handelt sich um Personen

oder Unternehmen, die im Geschäftszweig der Gesellschaft tätig sind und/oder mit ihr in Konkurrenz stehen.

5. Der Preis für den Erwerb des Geschäftsanteils (oder seiner Teile) in Höhe des Nennbetrages der betreffenden Stammeinlage (oder des anteiligen Nennbetrages) ist binnen 30 (dreißig) Tagen nach dem Abtretungstichtag zur Zahlung fällig. Abtretungstichtag ist jener Tag, an dem die schriftliche Ausübung des Aufgriffsrechtes erfolgt.

XIV.

Abtretungsverpflichtung

1. Die Gesellschafter bieten schon jetzt die Abtretung der von ihnen jeweils gehaltenen Geschäftsanteile an der Freier Rundfunk Oberösterreich GmbH den Aufgriffsberechtigten zum Nennbetrag der Stammeinlage für den in der folgenden Ziffer vorgesehenen Fall an.
2. Scheitert die Beschlußfassung über die Einforderung von Nachschüssen nach Punkt IV. Ziffer 3. des Gesellschaftsvertrag, obgleich durch das Gutachten eines Wirtschaftsprüfers oder Wirtschaftstreuhänders erwiesen ist, daß die Freier Rundfunk Oberösterreich GmbH Eigenkapitalzufuhr benötigt, so kann hinsichtlich der - einem derartigen Beschluß - nicht zustimmenden Gesellschafter das Abtretungsangebot angenommen und der Geschäftsanteil der (hiemit) anbietenden Gesellschafter übernommen werden.
3. Annahmeberechtigt sind die Aufgriffsberechtigten im Verhältnis ihrer Beteiligung.
4. Der Kaufpreis entspricht dem Nennbetrag der Stammeinlage. Ansonsten gelten die Bestimmungen des Punktes XIII.

XV.

Dauer der Gesellschaft und Geschäftsjahr

1. Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet.
2. Das erste Geschäftsjahr beginnt mit der Eintragung der Gesellschaft in das Firmenbuch und endet am darauffolgenden 31.12. (einunddreißigsten Dezember).

Die folgenden Geschäftsjahre fallen mit den Kalenderjahren zusammen.

XVI.

Kündigung der Gesellschaft

1. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, die Gesellschaft unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 12 (zwölf) Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres, aber nur bei Vorliegen wichtiger Gründe aufzukündigen. Die Kündigung hat durch eingeschriebenen Brief an alle übrigen Gesellschafter und die Gesellschaft zu erfolgen.
2. Als wichtiger Grund gelten alle Umstände, die zur Auflösung einer Personengesellschaft nach § 133 HGB berechtigen würden, insbesondere die nachhaltige Verletzung von Verpflichtungen dieses Gesellschaftsvertrages durch die übrigen Gesellschafter, sofern diese Verletzung auch nach Setzung einer einmonatigen Nachfrist weder eingestellt noch beseitigt worden ist, und überhaupt alle jene Umstände, die dem kündigenden Gesellschafter ein Verbleiben in der Gesellschaft nicht mehr zumutbar erscheinen lassen.
3. Die Kündigung hat nicht die Auflösung der Gesellschaft zur Folge, sondern bewirkt lediglich das Ausscheiden jenes Gesellschafters aus der Gesellschaft,

der die Kündigung ausgesprochen hat, sofern die verbleibenden Gesellschafter, denen die Übernahme des Geschäftsanteils vom kündigenden Gesellschafter entsprechend Punkt XIII. anzubieten ist, den Geschäftsanteil übernehmen.

4. Gleichzeitig mit der Kündigungserklärung hat der kündigende Gesellschafter seinen Geschäftsanteil den übrigen Gesellschaftern zum Erwerb anzubieten. Es gelten für die Ausübung des Aufgriffsrechtes, die Höhe des Abtretungspreises und die Fälligkeit des Abtretungspreises sowie den Abtretungstichtag die Bestimmungen des Punktes XIII.
5. Wird auf diesem Weg nicht der gesamte Anteil des kündigenden Gesellschafters aufgegriffen, so ist die Gesellschaft aufgelöst und tritt in Liquidation.

XVII.

Zweckwidmung des Gesellschaftsvermögens

1. Bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zweckes nach Punkt II. des Gesellschaftsvertrages darf das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Stammeinlagen oder den gemeinen Wert der Sacheinlagen übersteigt, nicht an die Gesellschafter verteilt werden.
2. Das Vermögen fließt in diesen Fällen einer anderen gemeinnützigen Unternehmung mit der unwiderruflichen Auflage zu, daß diese das Vermögen für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

XVIII.

Wettbewerbsverbot

1. Die Gesellschafter verpflichten sich, in dem in Aussicht genommenen

Verbreitungsgebiet ihrer Rundfunkveranstaltung (Lizenzgebiet) ausschließlich im Rahmen der Gesellschaft Tätigkeiten im Unternehmensgegenstand nach Punkt III. Ziffern 1.1. und 1.2 - ausgenommen Fernsehen - zu entfalten und sowohl eine eigene, davon unabhängige Tätigkeit als auch die mittelbare oder unmittelbare Beteiligung an Unternehmen oder an Gesellschaften (Körperschaften), die in diesen Unternehmensbereichen tätig sind, zu unterlassen.

2. Soweit an einem der Gesellschafter natürliche oder juristische Personen oder sonstige Rechtsträger beteiligt sind, wird sich dieser Gesellschafter im Sinne des § 880 a ABGB dahin verwenden, daß das Wettbewerbsverbot nach Ziffer 1. auch von diesen natürlichen, juristischen Personen oder sonstigen Rechtsträger beachtet wird. Eine dahingehende Verwendungspflicht gilt auch hinsichtlich jener Unternehmen, Gesellschaften und sonstigen Rechtsträger, an denen ein Gesellschafter unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.
3. Es gilt nicht als Verstoß gegen das Wettbewerbsverbot, wenn ein Gesellschafter Auswirkungen aus seiner Betätigung auf das Lizenzgebiet nicht unmittelbar beabsichtigt hat, insbesondere wenn keine unmittelbare Einstrahlung dorthin oder eine sonstige aktive Betätigung in diesem Gebiet vorgesehen war. Dies gilt vor allem dann, wenn Beteiligungen an Privatrundfunkunternehmen, die Veranstaltungslizenzen in anderen Gebieten besitzen oder erwerben, eingegangen wurden.
4. Das Wettbewerbsverbot bleibt für Gesellschafter, die aus der Gesellschaft ausgeschieden sind, für einen Zeitraum von zwei Jahren nach dem Stichtag des Ausscheidens weiterhin aufrecht.

5. Verletzt ein Gesellschafter das Wettbewerbsverbot nach Ziffer 1. bis Ziffer 4. dieses Vertragspunktes, so kann er auf Schadenersatz und Unterlassung in Anspruch genommen werden. Weiters vereinbaren die Parteien für jeden einzelnen Verstoß gegen das Wettbewerbsverbot, eine, nicht dem richterlichen Mäßigungsrecht unterliegende Konventionalstrafe von € 36.336,00 (Euro sechsunddreißigtausenddreihundertsechunddreißig).
6. Ausnahmen vom Wettbewerbsverbot kann die Gesellschaft mit einer Mehrheit von 3/4 (drei Vierteln) der abgegebenen Stimmen genehmigen.

XIX.

Kosten

Die Kosten für die Gründung der Gesellschaft, insbesondere die Errichtung des Gesellschaftsvertrages, die damit zusammenhängenden Rechtsgeschäftsgebühren und Verkehrsteuern sowie die Kosten der Eintragung der Gesellschaft in das Firmenbuch werden bis zu einem Höchstbetrag von S 100.000,00 = € 7.267,28 (Euro siebentausendzweihundertsiebenundsechzig Cents achtundzwanzig) von der Gesellschaft getragen.

XX.

Anwendung gesetzlicher Vorschriften

Soweit durch diesen Gesellschaftsvertrag in der jeweils gültigen Fassung nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Gesellschaft mit beschränkter Haftung vom 6.3.1906, Reichsgesetzblatt Nr. 58 in ihrer jeweils gültigen Fassung.

Gebührenfrei, zur Vorlage beim Firmenbuch

Ich beurkunde hiermit, dass die geänderten Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages mit dem Beschluss über die Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 14.11.2008 (vierzehnter November zweitausendacht) und die unveränderten Bestimmungen mit dem zuletzt zum Firmenbuch eingereichten vollständigen Wortlaut des Gesellschaftsvertrages übereinstimmen. -----

Linz, am 26.02.2009 (sechszwanzigster Februar zweitausendneun). -----




DR. HERMANN BARTH
Öffentlicher Notar

HERMANN BARTH
Österreichischer Notar



Summe S 100.000

Cent

